

# Sachsen-Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

### 1919 Nr. 358 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 212

**Bezugspreis:** Für Halle und Dessau monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50, von Bonn durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 gegen Nachg.

**Morgen-Ausgabe** **Anzeigenpreis:** Die Zeil. 20 mm breit, 30 mm hoch, 20 Zeil. 20 mm breit, 30 mm hoch, 20 Zeil. 20 mm breit, 30 mm hoch, 20 Zeil. 20 mm breit, 30 mm hoch.

**Verlagsstelle Halle-Saale:** Leipzig, Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5600 und 5610. — Postfachamt: Leipzig 20512.

**Verlagsstelle Berlin:** Bernauer Str. 90, Fernruf Amt Kurant 91, 92/90, eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Heile, Halle-Saale.

### Neueste Tagesnachrichten

- \* Die Nationalversammlung befaßt sich in der heutigen Sitzung mit dem Anbarbeitergesetz.
- \* Die Demokratische Partei strebt eine Vereinigung mit der Regierungspartei zur Bildung eines neuen Regierungsbündnisses an.
- \* Der Großherzog hat am 21. Juli die Demission des russischen Kabinetts überreicht.
- \* 45 Mitglieder des amerikanischen Senats sind entschlossen, den Friedensvertrag abzulehnen.
- \* In den Siemens-Schuckertwerken wurden 10 000 Arbeiter, die in Streik getreten waren, entlassen.
- \* Ein allgemeiner Streik in der Metallindustrie von längerer Dauer liegt bevor.

### Hermann Müllers „Außenpolitik“

Wenn die Rede über äußere Politik Graf Bernstorff, der frühere Vorkämpfer in Washington und Freund Wilsons, oder Friedrich Naumann gehalten hätte, dann könnte man sagen, daß der Nationalversammlung ein weltbürgerlicher Träumer gesprochen habe. In Wirklichkeit aber hat dort die Wirklichkeit, nach walden unsere äußere Politik geführt werden soll, kein internationaler Völkervertrag, sondern ein Bündnis, das sich mit seinen großen gültigen Augen in der Welt barmherzig umsieht und in einer Gewandlung auftritt, in welcher man nicht erkennen kann, ob es ein Junge oder ein Mädchen ist. Der Name dieses politischen Kindes, das gestern in Ischl gekommen und mit viel Gefühl durchwärmen Sägen vom ewigen Frieden, von allgemeiner Völkervereinigung und werflicher Liebe im politischen Leben der Völker und Staaten idwärmte und mit vielen Manufakturieren Hunderte von Abgeordneten enthielt. Hat Hermann Müller, dem Gott in seinem Stern die Führung der ausländischen Politik des Deutschen Reiches überlassen hat. Dieser Völkervereinigung steht sein anders politisches Ziel der deutschen Außenpolitik, als die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund, in einen Klub ab, in dem das Deutsche Reich als Staat dritten Grades und seine Bürger als Mitglieder minderen Ranges betrachtet werden. Wenn dies Ziel erreicht sei, meint er, würde die goldene, seltsame Zeit, von der der Sozialismus singt und sagt, erfüllt sein. Da wird es keine Kriege mehr geben und keine Bündnisse der Staaten, Waffenmorde werden aufhören, keine Kämpfe herumlaufen, die Menschen sich nur noch mit geistlichen Waffen bekämpfen, und alle werden sich als Brüder und Schwestern fühlen. Man könnte ein mittelgroßes Mädchen mit diesem Mädchen haben, der so die weltbürgerlichen Dinge anlieht, wenn er zufällig nicht dazu verwendet wäre, an der Spitze der deutschen Außenpolitik zu stehen. Diese Aufgabe zwingt leider, sich auch mit einem derart notorischen Liniem auseinanderzusetzen. Am ganzen betrachtet, muß gelagt werden, daß Hermann Müller mit seiner Rede über äußere Politik den deutschen Zuhörer nicht genutz, sondern im schwersten Schaden ausgeht hat. Herr Müller trug in seinen weltbürgerlichen Betrachtungen, von denen einzelne Teile sich im Söulaulos einer höheren Dichtung ausgerechnet ausgenommen hätten, eine derartige Weltfreundheit zur Schau, daß die Freunde es einfach nicht glauben werden, daß ein deutscher Außenminister von so primitiver Naivität sein kann. Eine von solchen Gefühls-Überwägungen erfüllte politische Rede ist, solange das Deutsche Reich besteht, in seiner parlamentarischen Vertretung wohl noch nicht gehalten worden. Unsere Freunde denken und handeln durchaus national, und wenn sie diese weltbürgerliche internationalistische Rede lesen werden, dann werden sie es gar nicht verstehen können, daß die Deutschen wirklich so dumm sein sollen, wie sie sich in dieser Rede geben. Sie werden in dieser Rede eine hinterhältige Intrigue wittern, und gerade das, was Herr Müller mit dieser Rede erreichen wollte, nämlich das bei unseren Feinden gegen uns bestehende Mißtrauen gegen die deutsche Aufrichtigkeit, das allein aus unserer Schwäche und Feindschaft resultiert, wird Herr Müller mit seinen weltfreundlichen Redereien verstärken. Dazu wird nicht nur der Grundzug dieser Rede beitragen, sondern auch Einzelaussagen auf ganz bestimmten Regierungen der Politik. Herr Müller hat beispielsweise alle Bündnispolitik in Grund und Boden verdammt und sich gegen die neue englisch-französisch-amerikanische Koalition sehr bestimmt Stellung genommen. Das müssen unsere Freunde ohne weiteres als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten betrachten. Herr Müller hat in demselben auf der völlig bedeutungslosen Gruppe der europäischen Völkervereinigung zu bringen. Das sollte doch völlig klar

sein, daß es einem Hermann Müller nicht gelingen kann, einen Lloyd George zu füttern! Zudem wird man in England einfach kein Verständnis dafür aufzubringen vermögen, daß Deutschland, wenn es erst einmal wieder bündnisfähig sein wird, jede Gelegenheit zum Abschluß eines vorteilhaften Bündnisses entriekt von sich weisen könnte, während aber wird man vor allem in Frankreich, wenn dessen Zeitungen im Bande erzählen werden, wie der deutsche Außenminister bereits Arbeiter, Knechtler und Arbeiter aufrief für den Frontdienst in den zerstörten Gebieten, wo Wüsteneien wieder in blühende Gefilde umgewandelt werden sollen und dabei erklärte, daß werfliche Liebe unsere Bewand sein solle. Dem deutschen Außenminister scheint wohl nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß er mit diesen Worten ein Bekenntnis der deutschen Aufrichtigkeit ausgesprochen hat, das von einem Manne in führender politischer Stellung gefallen, zweifellos gegen Deutschland ausgenutzt werden wird. Die „Times“ sprachen bei einer ähnlichen Gelegenheit einmal von der „blödesten Dummheit“ des deutschen Volkes. Herr Müller glaubt damit Deutschland zu nutzen und eine allgemeine Völkervereinigung herbeiführen zu können, daß er jedem Staate nachläßt, von England und Frankreich bis zu den Völkern und Stämmen, allen Völkern des innigen deutschen Völkervereinigung beweist damit, daß ihm das Verständnis für das politische Denken der fremden Völker so gut wie ganz verlag ist. Er sollte sich an den Ausspruch Bismarcks erinnern, daß ein Staatsmann sich nicht wie ein gierende Tücherli gerieren darf, und daß man mit vornehmer Zurückhaltung mehr erreicht, als mit aufdringlicher Riebesehtreiben. Das Beobachtung nationaler Würde im Verkehr der Staaten bedeutet, auch im Unglück, davon ist Herr Müller noch wenig gehört zu haben. Denn sonst hätte er geteilt, daß eine derartig würdelose Rede halten können, deren Schriftur jedem nationaldenkenden und aufrechten Deutschen die Scham und Bornecksitz ins Gesicht treiben wird. Die Weltfreundheit des Herrn Müller zeigt sich auch darin, daß er behaupten konnte, je mehr und aufrichtiger wir zu einem republikanisch-demokratischen Völkervereinigung werden, desto mehr würden wir uns die Sympathien des Auslandes erwerben und um so eher würde alles wieder gut werden. Ein einfacher Mißbrauch auf die letzten zwei Jahre sollte den Herrn Außenminister belehren, daß es untern Feinden fürchterlich gleichgültig ist, welche innere Staatsverwaltung Deutschland hat, wenn es nur schmachhaft am Boden liegen bleibt. Mit welchen eindringlichen Worten ist dem deutschen Volk ein Verständnis und Verhörungsfrieden verprochen worden, wenn es nur seine Monarchie befestigt. Und was für einen Frieden haben wir danach erhalten? Herr Müller irt auch mit seiner Behauptung, daß Demokratie unbefragbar mache. In Wirklichkeit hatte uns das monarchische System unbefragbar gemacht, während jedes Zugeständnis an die Demokratie einen Schritt auf dem Wege zur Riebesehtreiben bedeutete. Internationale Verhältnisspolitik, getragen von werflicher Liebe, will der Herr Außenminister treiben und jeder Machtpolitik sagte er schärften Kampf an. Machtpolitik aber bedeutet Weltpolitik, das sollten wir nächst von Bismarck von unseren Gegnern endlich gelernt haben.

### Also doch wieder an der Krippe

(Von unserem h-Sonderberichterstatter.)  
Berlin, 24. Juli.  
Innerhalb der demokratischen Partei nehmen die Bestrebungen an Stärke zu, die darauf hinzielen, eine Vereinigung der demokratischen Partei mit der Regierungspartei zur Bildung eines neuen Regierungsbündnisses herbeizuführen. Man sieht, wie uns aus Weimar berichtet wird, daß ein Kulturkampf an der Seite der rechtsstehenden Parteien eine schwere politische Krise heraufbeschwören wird und daß die Fraktion diese Verantwortung nicht auf sich nehmen könne.

### Der Kampf um den Frieden

(Eigene Drahtmeldung der S. Z.)  
Genf, 24. Juli.  
Wiro „Europa Press“ meldet aus Washington: Die Stimmung in amerikanischen Senat gegen den Friedensvertrag wächst. Die Zahl der Senatoren, die sich verpflichtet haben, gegen den Friedensvertrag und den Völkervereinigung zu stimmen, hat sich bereits auf 45 erhöht. Da 33 Stimmen hinreichend sind, um die Ratifizierung zu nichte zu machen, wird Wilsons Stellung eine äußerst schwierige sein. Ein Senat herrscht Meinung vor, auf das von Wilson eingebrachte Friedensprogramm zurückzuweisen.

### Lloyd George und seine Gegner

Amsterd., 24. Juli.  
Aus der Debatte in der Sitzung des englischen Unterhauses vom 21. Juli über den Friedensvertrag und die darauffolgende Rede Lloyd Georges ist nachzutragen: Chamberlain (Rechtspartei) erklärte, die Wünsche eines sehr großen Teiles seiner Parteigenossen gegenüber dem Vertrag seien sehr bereit von General Smith ausgedrückt worden, der sprach: „Ich würde es nicht ablehnen, den Frieden zu unterzeichnen, wenn ich nicht, weil ich ihn als ein berechtigendes Dokument ansehe, sondern weil es eine Notwendigkeit ist, den Krieg abzuschließen, weil die Welt vor allem den Frieden braucht und die Lage durch die Fortdauer eines unentschiedenen Kampfes zwischen Krieg und Frieden sehr verhängnisvoll wird.“  
Es wäre staatsmännlich, den Vertrag in jeder Hinsicht allen denjenigen annehmbar zu machen, die durch ihn getöteten würden, und dadurch das Emporwachen jenes Revolutionären Geistes zu verhindern, der sich in Frankreich nach 1870 entzündete. Die Bestimmungen des Friedensvertrages würden von der Masse der Industriearbeiter mit großem Mißtrauen betrachtet, wenn nicht in zwei Punkten Klarheit geschaffen würde, nämlich in der Frage der Dienstpflicht und der Rüstungen. Lord Robert Cecil (Konservativ-Unionist) sagte unter anderem, er betrachte den Friedensvertrag ebenso wie Smith als Liquidierung des Kriegszustandes. Vom Völkerverbund müsse man die endgültige Festlegung erwarten. Dublin (Nationalist) fragte, ob die Grundzüge Wilsons auch auf Irland anwendbar werden würden. In Irland bestche sehr Mißtrauen und Mißverständnisse. Die Friedensfrage habe aufgehört, ein rein innerpolitisches Problem zu sein. Man juche sie aber als ein solches zu behandeln. Alle diese Männer seien einverstanden über die Lage. Lloyd George sagte über die Dienstpflicht, er hoffe, daß es Ende 1919 oder spätestens Anfang 1920 möglich sein werde, zu erklären, daß genug freiwillige Truppen aufgestellt seien, um den Bedürfnissen des britischen Reiches in allen Weltteilen zu genügen. Auch die Vereinigten Staaten in bezug auf die Dienstpflicht und seien ebenso entschlossen wie England, sie möglichst hoch zu heben; aber sie müßten, daß dies nicht reibe, ehe nicht die ganze Sache geklärt sei. Bezüglich des Vorklages, den Kaiser in einem neutralen Lande vor Gericht zu stellen, sagte Lloyd George, daß er sich nicht dazu erlaube, zu antworten, daß ein neutrales Land zustimmen würde, die Sache für eine Vernehmung dieser Art zu weihen? Wir haben keine Kontrolle über solche Länder. Es waren nicht auf der Friedenskonferenz, und sie waren nicht am Kriege beteiligt. Der Kaiser wäre niemals einem Gerichtsverfahren ausgesetzt worden, wenn dieses den neutralen Ländern überlassen worden wäre.  
Auf den Einwand, daß das Verzichtserlassen nicht notwendig sei, da die näheren Umstände und Taten des Verbrechen ohnehin vollständig bekannt seien, erwiderte Lloyd George, wenn Verbrechen vorhanden seien, so sei es geradezu und erwiderte, ein Gerichtsverfahren zu betreiben, da die ganze Angelegenheit damit auf das höhere Niveau des Völkervertrages emporgehoben werde, was bei einer Verurteilung durch die Sieger ohne Gerichtsverfahren nicht der Fall sein würde. Der irische Nationalist Connors sah seiner tiefsten Grundhaltung über Lloyd Georges Erklärung über Irland Ausdruck.

### Frankreichs Finanzpolitik

Paris, 24. Juli.  
Der Friedenskonferenz der Kammer hätte gestern die Fortsetzung des Berichtes des Abgeordneten Dubois über die finanziellen Kläufen des Friedensvertrages. Dubois sagte, man frage, ob Deutschland in der Lage sei, die Verpflichtungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Man müsse bedenken, daß die Vermögensaufstellung selber die Objekte in Betracht gezogen habe, deren Wert sich inwärtigen wesentlich gehoben habe. Dubois betonte hinsichtlich der Werte Deutschlands im feindlichen Ausland, die meisten Werte befänden sich in Amerika. Frankreich sei in verhältnismäßig ungünstiger Lage, da nur wenig deutsche Werte in Frankreich seien.  
In der gestrigen Kammerung sagte Finanzminister Klotz in Erwiderung auf die Interpellation über die Finanzpolitik der Regierung, daß die Emision der Schatzscheine zunehme, während die Verschüsse der Bank von Frankreich zurückgingen. Für die beschuldigte neue Anleihe müsse der günstige Augenblick abgewartet werden. Die Liquidierung der aufgespaltenen Borräte werde erhebliche Einnahmen bringen. Die neuen Eisenbahntarife werden gehalten, die Reisenden anstatt der Steuerzahler zahlen zu lassen. Der Minister erklärte, daß er jede Steuer annehmen werde, und erklärte das Parlament um seine Willkür bei der Einrichtung von Staatsmonopolen. Neber die finanziellen Schwierigkeiten zu den Allierten führte Klotz aus, daß die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen erfolgreich durchgeführt werden.  
Aus den Erklärungen des Finanzministers Klotz verdient noch folgendes hervorgehoben zu werden: Er bedauert im August oder September eine Anleihe im Betrag von 7-8000 Millionen Franken zugunsten der Gläubiger aufzunehmen. Ein weiterer neuer Typ von Anleihe mit Ausstellungen soll zugunsten der wieder aufzubauenden Gebiete ausgeteilt werden.





